

Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt

Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich

Band: - (1998-1999)

Artikel: Armut und Verwahrlosung wuchern um Berlins Mitte : der soziale Verfall der Innenstadtbezirke

Autor: Wehner, Markus

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1072621>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein schwarzer Gürtel der Armut legt sich um Berlins Mitte, wuchert weiter nach außen. Er trägt die Namen Kreuzberg, Neukölln, Wedding und Tiergarten. Nirgendwo in der deutschen Hauptstadt, auch nicht in ihren östlichen Stadtteilen, haben sich die sozialen Probleme so verschärft wie in den innerstädtischen Altbauquartieren des ehemaligen Westens. Die Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ist hier binnen Jahresfrist um bis zu 25 Prozent angestiegen, die Lebenserwartung liegt um Jahre unter dem Berliner Durchschnitt, ganze Straßenzüge verwahrlosen. Schon ist von der Verslumung des Berliner Zentrums die Rede und – angesichts eines rasch ansteigenden Ausländeranteils – von Ghettobildung.

Niemand von den Verantwortlichen in den Rathäusern des Problemgürtels versucht heute noch, die Situation schönzureden – zu eindeutig sind die Zahlen der Gesundheits- und Sozialstatistik, die den vier Innenstadtgebieten stets die letzten Plätze unter den 23 Bezirken Berlins zuweisen, sei es bei der Zahl der gemeldeten Tuberkulosefälle oder bei der Höhe der Jugendarbeitslosigkeit. Statt dessen macht sich in den Rathäusern Ratlosigkeit breit; man sieht sich nur noch als „Ersatzarbeitsämter“ und „soziale Reparaturwerkstätten“, weiß nicht, wie der Niedergang der Bezirke noch aufgehalten werden kann.

Schon vor der Wiedervereinigung gab es in den damaligen West-Berliner Randbezirken viele Ausländer, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Doch mit aufwendigen Sanierungsprogrammen gelang es, den baulichen Verfall der alten Arbeiterviertel zu stoppen, und das Geld, das damals noch reichlich vom Bund kam, reichte zumindest aus, um den sozialen Sprengstoff nicht explodieren zu lassen. Doch seit 1990 fließt dieses Geld nicht mehr. Der eiserne Spar-Kurs der Stadt trifft nun diejenigen Bezirke besonders stark, die ohnehin nichts zuzulegen hatten. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Berlin von 210.000 auf etwa 270.000 gestiegen, ein Anstieg um fast dreißig Prozent; bei den alleinerziehenden Eltern, den Kindern und den Jugendlichen, die Sozialhilfe beziehen, liegt der Zuwachs noch wesentlich höher. Auch dieser soziale Abwärtsstrend der Stadt findet vor allem in den Innenstadtbezirken statt. Zugleich setzte hier 1990 eine Flucht der Bewohner ein: Mehr als 18 Prozent der dort lebenden Bevölkerung zieht einmal im Jahr um, und fort gehen vor allem die deutschen Familien mit Kindern und die Besserverdienenden, um für die gleiche Miete in ruhigeren, grüneren

und sozial günstigeren Bezirken im Südwesten Berlins, am Stadtrand oder in kleinen Orten im nun offenen Umland besser zu wohnen. Es bleiben die sozial Schwachen, die Armen, die zumeist türkischen Ausländer – und Ausländer ziehen auch zu. Selbst die deutschen Familien, die in ihrem Kiez bleiben möchten, überlegen sich spätestens bei der Einschulung ihrer Kinder, ob diese wirklich in einer Klasse mit bis zu 80 Prozent ausländischer Schüler unterrichtet werden sollen. Mit allen möglichen Tricks versuchen sie, ihre Kinder in der Schule eines anderen Bezirks unterzubringen – oder aber sie ziehen doch weg. Untersuchungen haben gezeigt, daß in einigen Gebieten der innerstädtischen Problembezirke jedes vierte deutsche Kind fortzieht, bevor es sechs Jahre alt geworden ist. Der Ausländeranteil in den untersuchten Straßenzügen in Neukölln, Wedding und Kreuzberg liegt zwischen 30 und 47 Prozent, bei den unter achtzehn Jahre alten Bewohnern bei bis zu 60 Prozent. Zu den Türken sind Russen, Polen und andere Osteuropäer gekommen, Asylbewerber aus zahlreichen Staaten, Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien. Ein Teil der bessergestellten türkischen Familien zöge nun ebenfalls weg, heißt es in den Bezirksrathäusern.

Der hohe Anteil an Ausländern geht einher mit hoher Arbeitslosigkeit. So ist *Wedding* (167.000 Einwohner) der Bezirk mit dem höchsten Arbeiteranteil in der Stadt; zugleich hat er mit 28 Prozent den größten Anteil an Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung – zehn Prozent mehr als im Berliner Durchschnitt. Vor zwei Jahren lag man in der Berliner Sozialstatistik noch vor den Ost-Berliner Problembezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg, nun ist *Wedding* weit hinter sie zurückgefallen. Mehr als 27.000 Sozialhilfeempfänger gibt es hier, etwa 170 auf tausend Einwohner.

In *Tiergarten* sieht die Lage ähnlich trostlos aus. Der „Bezirk der stillen Armut“, wie ihn Bürgermeister Jörn Jensen nennt, wird zusammen mit dem Bezirk Mitte und Wedding nach 1999 zum Regierungsbezirk verschmolzen. Dann wird er den Bundestag und das Bundeskanzleramt beherbergen, die Parteizentrale der CDU, die Konrad-Adenauer-Stiftung und mindestens achtzehn ausländische Vertretungen. Auch die Großbauten am Potsdamer Platz und der geplante neue zentrale Verkehrsknotenpunkt „Lehrter Bahnhof“ liegen in *Tiergarten*. Doch trotz dieser Chancen sieht der Bürgermeister von Bündnis 90/Die Grünen dem Umzug aus Bonn mit gemischten Gefühlen entgegen; sein

„geknebelter Haushalt“ reiche für Wirtschaftsförderung nicht aus, sondern gerade einmal dafür, die Gebäudesicherheit in den Kindergärten und Schulen aufrechtzuerhalten. Jensen weiß auch, daß die Bonner Beamten mit ihren Familien kaum in die Ödnis der Moabiter Turmstraße ziehen werden, wo sich neben dem Rathaus über Hunderte von Metern nur noch die Filialen sämtlicher Billigmarktketten Deutschlands aneinanderreihen. Auch hier ziehen die deutschen Familien weg; zwar ist die Bevölkerungszahl des Bezirks im Jahr 1996 nicht gesunken, doch nur, weil der Wegzug der Deutschen durch den Zuzug von etwa 1.500 Ausländern ausgeglichen wurde. Wie es weitergehen soll, wenn der Bezirk seine bürgerliche Einwohnerschicht weiter verliert, wissen auch die Befürworter von kommunalem Ausländerwahlrecht und doppelter Staatsbürgerschaft nicht so recht.

In *Neukölln* liegen die Dinge kaum besser. 330.000 Menschen leben hier, mehr als in jedem anderen Bezirk Berlins. In der Statistik kann sich der Bezirk durch seinen eher bürgerlichen Süden mit den Ortsteilen Buckow, Britz und Rudow leicht nach oben schieben, doch die Probleme in der nördlichen Altstadt sind mindestens so schlimm wie in Wedding oder Tiergarten. Das mit häßlichen Betonklötzen bebaute Rollbergviertel zwischen Hermannstraße und Karl-Marx-Straße, von Gewalt und Kriminalität geprägt, sieht auch Bezirksbürgermeister Bodo Manegold (CDU) schon als „umgekippt“ an; nun will er wenigstens den sozialen Abstieg in anderen Teilen des Bezirks, etwa an der Sonnenallee oder in der Hochhaussiedlung Gropiusstadt im Süden des Bezirks, wo 50.000 Menschen leben, verhindern. Wohnungen und Mieten seien der entscheidende Punkt, sagt Manegold und fordert, daß die große Zahl an Sozialwohnungen in Neukölln reduziert wird. Denn die bekommt man in Berlin nur mit einem Wohnberechtigungsschein, und den bekommt heute kaum noch jemand, der einen Arbeitsplatz hat; ziehen die alten Mieter weg, können nur Sozialhilfeempfänger – 50.000 gibt es allein in Neukölln – und Arbeitslose hier noch einziehen. Manegold fordert deshalb schon seit Jahren die „Freistellung“ ausgewählter Gebiete von der Sozialwohnungsregelung; den sozialen Wohnungsbau unterstützt der Bezirk nicht mehr, sondern nur noch „Eigentumsmaßnahmen“, den Bau von Reihen- und Einzelhäusern, um eine „andere Klientel“ an den Bezirk zu binden und eine „gesunde Mischung“ wiederherzustellen.

Der hohe Anteil arbeitsloser Jugendlicher, unter ihnen besonders viele Ausländer, hat in Neukölln zu großen Problemen mit gewalttätigen Jugendbanden geführt, der Bezirk hat reagiert, Streetball-Körbe angebracht, ein Jugendcafé eröffnet – nun beschweren sich die Anwohner wegen der Lärmbelästigung in der Nacht. Im Volkspark Hasenheide ist das Territorium abgesteckt zwischen den Clans der Libanesen, die am Denkmal des Turnvaters Jahn ihr Rauschgift verkaufen, und Afghanen, die das gleiche an anderer Stelle tun. Den Rest des Parks teilen sich türkische Jugendliche und die deutschen in der „Pittbull“-Senke. Erholen kann sich hier niemand mehr. Gemeinsam mit der Polizei will der Bürgermeister nun ein Konzept entwickeln, um den Park wieder in den Griff zu bekommen. Doch das „Tal der Tränen“ sei noch nicht erreicht, sagt Manegold, und „wenn sich nichts ändert, sind wir bald da, wo Kreuzberg heute schon ist“.

Denn der einst für seine Alternativ-Kultur berühmte und seine Hausbesetzer berüchtigte Bezirk mit seinen 153.000 Einwohnern ist – weit abgeschlagen – das Schlüpflicht unter den Verlierern der Berliner Einheit. Die Arbeitslosigkeit beträgt hier inzwischen mehr als 30 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist seit 1990 von 16.000 auf 27.000 Anfang 1998 hochgeschnellt, jeder sechste lebt von der „Stütze“, jeder fünfte hat weniger als tausend Mark im Monat zum Leben. Mit Lohnkostenzuschüssen und Mitteln der Europäischen Union versucht man hier wie auch in den anderen Problembezirken, die Quote zu drücken, einige hundert aus der Arbeitslosigkeit herauszuholen, für einige Jugendliche eine Lehrstelle zu schaffen. Doch ein großer Teil des mittleren Gewerbes ist in den vergangenen Jahren weggezogen, die ehemals von öffentlichen Fördermitteln lebende Bauwirtschaft erlebt eine Flaute. Die Lebenserwartung der Männer in Kreuzberg liegt um vier Jahre niedriger als im Berliner Durchschnitt und um mehr als 6,4 Jahre niedriger als im bürgerlichen Zehlendorf im Südwesten der Stadt. Die Zahl der meldepflichtigen Krankheiten übersteigt den Berliner Durchschnitt um 28 Prozent, bei der vorzeitigen Sterblichkeit – etwa durch Leberzirrhose und Lungenkrebs – liegt der Bezirk im Berliner Vergleich weit vorne.

Zwanzig Jahre lang hat man Geld nach Kreuzberg gepumpt, um den unruhigen Bezirk zu befrieden und als Beispiel geglückter alternativ-multikultureller Lebensformen zu präsentieren. Anscheinend vergebens. Die Erwartung,

Kreuzberg könne nach der Wende seine sozialen Probleme durch den teilweisen Austausch der Bevölkerung lösen, hat sich als trügerisch erwiesen. Fast 2.800 Einwohner hat der Bezirk 1996 verloren, ein großer Teil der ‚Szene‘ ist in den ehemaligen Osten, den neuen Modebezirk Prenzlauer Berg, nach Friedrichshain oder auch Potsdam umgezogen. Nach Kreuzberg kamen statt der Besserverdienenden und der Beamten junge Leute aus dem Berliner Umland, die dort keine Arbeit gefunden haben, aber hier oft scheitern, noch bevor sie Wohnung oder Arbeit finden. Immer noch ziehen auch Ausländer zu, der Anteil beträgt nun 34 Prozent. Noch wehren sich die Politiker gegen den Begriff des Slums, doch daß hier ein türkisches Ghetto entsteht, will die sozialdemokratische Sozialstadträtin nicht abstreiten. Die Daten der Berliner Sozialstatistik zeigen, daß sich der schwarze Gürtel der Verwahrlosung von der Innenstadt nach außen ausweitet. Der beliebte Bezirk *Schöneberg*, der an Kreuzberg und Tiergarten angrenzt, ist auf dem besten Weg, sich dem Problem-Quartett anzuschließen. Auch das nordwestlich gelegene *Spandau* rutscht zusehends ab, das bügerliche *Reinickendorf* ist im Laufe eines Jahres vom oberen Drittel ins Mittelfeld abgestürzt. Eine Lösung für die Bezirke ist nicht in Sicht; einstweilen kämpfen die Bezirke um die ohnehin schmalen Portionen, die der Senat verteilt, und erst in jüngster Zeit scheint man sich über das Ausmaß des sozialen Verfalls klarzuwerden – der Berliner Senat hat nun Bezirksbürgermeister und Fachleute zu „Innenstadtkonferenzen“ eingeladen. Die Bundesregierung und die Abgeordneten des Bundestages werden jedoch damit leben müssen, daß die Stätten ihres Handelns in der Hauptstadt im Herzen eines Gebiets liegen werden, wo jeder fünfte arbeitslos, jeder dritte ein meist muslimischer Ausländer sein wird. „Die Bonner müssen sich dann etwas umstellen. Das wird denen ganz gut tun“, heißt es dazu im Kreuzberger Rathaus.

Der zuerst in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* am 31. Januar 1998 erschienene Beitrag wurde vom Autor geringfügig überarbeitet bzw. aktualisiert.

Marseille. Mitte der dreißiger Jahre errichtete Superblocks an der Avenue de Maréchal Foche
Foto: Suzanna Lauterbach, Berlin

